



Ausschuss für Kommunalpolitik

34. Sitzung (öffentlich)

12. Februar 2003

Düsseldorf – Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 15.15 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Roeßgen

Verhandlungspunkte:

1	Kommunales Ausschreibungs-System (KAS)	1
	– Bericht des Innenministeriums zur rechtlichen Bewertung, Datensicherheit, Eignung als Modellvorhaben und teilnehmenden Kommunen	
	• Bericht durch MR'in Jacobs (IM)	1
	• Diskussion	3
2	Gesetz zur Förderung und Stärkung des Mittelstandes (Mittelstandsgesetz)	4
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 13/2707 Ausschussprotokoll 13/744	
	• Ergebnis: <i>verschoben</i>	5

3 Nordrhein-Westfalen – Motor einer Erneuerung der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland und der Stärkung des Regionalprinzips in Europa 5

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3294

In Verbindung damit:

Demokratie in der Verantwortung: Bürgernähe, Transparenz und Effizienz staatlichen Handelns sichern – Landtag und Kommunen stärken

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3362

- Ergebnis 5

4 Mehr Wettbewerb in der Abfallwirtschaft! Überholte Bindungen in Abfallwirtschaftsplänen aufheben! Chancen zur Senkung von Abfallgebühren nutzen! 5

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 13/3283

- Diskussion 5
- Ergebnis 8

5 Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit 8

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 13/3445

in Verbindung damit:

Entschließungsantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3471

sowie:

Entschließungsantrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3473

- Ergebnis 9

6	Digitales Ruhrgebiet/NRW – Projekt Ruhr GmbH	9
	– Bericht der Landesregierung (unter Beteiligung einer Vertreterin oder eines Vertreters der Projekt Ruhr GmbH)	
	• Bericht durch Herrn Brauser (Projekt Ruhr GmbH)	9
	• Diskussion	12
7	Konnexität	14
	• Diskussion	14

* * *

nauer das OLG Köln, die Vergabeplattform und auch das Modell des Beschaffungsamtes des BMI.

Bei der ZPD der Polizei wird ein Produkt der Firma Mach getestet. Die Polizei arbeitet bisher mit dem Kosten-Leistungs-Rechnungsprogramm der Firma Mach. Darauf aufgesattelt werden solle ein Einkaufsprogramm, das im Grunde genommen die Daten aus der Kosten-Leistungs-Rechnung direkt in eine Vergabe einfließen lasse. Das habe jedoch nichts mit dem speziellen Problem der inversen Auktion zu tun, die an sich rechtlich so nicht zulässig sei, sondern nur in einem eng begrenzten Rahmen aufgrund des Kabinettschlusses und dort auch nur bis zu einem Auftragswert von 5.000 €. Das entspreche vergaberechtlich dem Wert, bis zu dem eine so genannte freihändige Vergabe in einem nicht förmlichen Verfahren zulässig sei. Insofern sei das Ganze rechtlich unbedenklich. Die inverse Auktion werde speziell nur vom Innenministerium des Landes getestet und sonst an keiner anderen Stelle in diesem Land.

Heinz Wirtz (SPD) bedankt sich zunächst bei Frau Jacobs für den umfassenden Bericht, der einen Einblick in das Verfahren gezeigt habe. Die Nachfrage der SPD-Fraktion gehe zurück auf einen Bericht in der Zeitschrift des Bundes der Steuerzahler, der sehr plausibel und anschaulich zum Ausdruck gebracht habe, wie ein solches Verfahren möglicherweise sein könnte. Dabei sei ein bisschen der Eindruck erweckt worden, dass es ein bereits praktiziertes Verfahren im öffentlichen Bereich wäre. Darüber habe er sich gewundert und deswegen um nähere Auskünfte gebeten.

Dem Arbeitskreis seiner Fraktion sei es aber auch darauf angekommen, eine solches Instrument eventuell voranzubringen oder – wie eben dargestellt worden sei – einen Einstieg auch auf Landesebene zu begleiten und weitere Informationen im Laufe des Prozesses zu bekommen.

Gerade in der derzeitigen Situation knapper Kassen der öffentlichen Hände sollte man zu Lösungen kommen, die kostengünstig seien. Von möglichen Einsparpotenzialen habe die Referentin berichtet.

2 Gesetz zur Förderung und Stärkung des Mittelstandes (Mittelstandsgesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 13/2707

Ausschussprotokoll 13/744

Vorsitzender Jürgen Thulke leitet ein, der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie habe am 4. Dezember 2002 eine Anhörung von Sachverständigen durchgeführt, die im Ausschussprotokoll 13/744 dokumentiert sei. Da der federführende Ausschuss die Abschlussberatung und Abstimmung bereits am 12. März 2003 durchführen wolle und auf die Voten der mitberatenden Ausschüsse warte, müsste der AKo möglichst heute abschließend beraten und gegebenenfalls über die Abgabe eines Votums befinden.

Heinz Wirtz (SPD) beantragt für die SPD-Fraktion, diesen Tagesordnungspunkt noch einmal zu schieben, da die Koalitionsfraktionen noch einen Änderungsantrag einbringen würden, der sich insbesondere auf die kommunalen Belange beziehe. – **Franz-Josef Britz (CDU)** erklärt sich damit einverstanden, zumal seitens seiner Fraktion der Arbeitskreis des federführenden Wirtschaftsausschusses in Absprache mit dem Arbeitskreis Kommunalpolitik dabei sei, einen Antrag zu diesem Thema einzubringen.

3 Nordrhein-Westfalen – Motor einer Erneuerung der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland und der Stärkung des Regionalprinzips in Europa

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3294

In Verbindung damit:

Demokratie in der Verantwortung: Bürgernähe, Transparenz und Effizienz staatlichen Handelns sichern – Landtag und Kommunen stärken

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/3362

Vorsitzender Jürgen Thulke führt aus, die beiden Anträge der Fraktionen von FDP und CDU seien vom Plenum am 23. Januar 2003 an den Hauptausschuss – federführend – sowie zur Mitberatung an den AKo und drei weitere Ausschüsse überwiesen worden. In der Post vom gestrigen Tage habe sich ein Schreiben des Präsidenten an den Vorsitzenden des Hauptausschusses mit Vorlage 13/1986 befunden, in dem darüber informiert werde, dass am 31. März 2003 ein Föderalismuskonvent in Lübeck stattfinde. Zu diesem Konvent beabsichtigten offensichtlich die Fraktionen einen gemeinsamen Entschließungsantrag zu verabschieden, der allerdings im Hauptausschuss dann beraten werden könne. Der AKo wäre insofern zeitlich nicht mehr im Geschäft. Er rege daher für heute an, kein Votum abzugeben, sondern nur die Entwicklung zu begrüßen, dass es diesbezüglich zu partei- und fraktionsübergreifenden und möglicherweise auch zu länderübergreifenden Initiativen nach dem Konvent in Lübeck kommen werde. – Der **Ausschuss** folgt dem Vorschlag einvernehmlich.

4 Mehr Wettbewerb in der Abfallwirtschaft! Überholte Bindungen in Abfallwirtschaftsplänen aufheben! Chancen zur Senkung von Abfallgebühren nutzen!

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 13/3283

Vorsitzender Jürgen Thulke schickt voraus, der Antrag der FDP-Fraktion sei vom Plenum am 23. Januar 2003 federführend an den Ausschuss für Umwelt und Raumordnung sowie zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss und an den AKo überwiesen worden. Sollte sich